

Zyklus „Globalisierung“ (9.4.1998)

Michel Husson

Mein Referat ist in drei Punkte aufgegliedert. Im ersten geht es darum, die Globalisierung zu definieren und zu untersuchen, inwiefern es sich um ein neues Phänomen handelt. Im zweiten werden die Nord-Süd Beziehungen behandelt, mit ihrer Dimension von in Konkurrenz setzen, Auslagerung und von tiefen Löhnen. Im letzten Punkt wird nach den Achsen des Widerstands, den möglichen Haltungen gegenüber der Globalisierung gefragt, und namentlich nach der Idee der Sozialklauseln, die sowohl in den Ländern des Nordens wie in denen des Südens diskutiert wird.

Die Definitionen der Globalisierung verbinden immer mehrere Dimensionen. Die von Boyer, aus einem kleinen Buch über die Globalisierung, zieht vier Elemente in Erwägung. Erstens die Vermehrung der Tauschbewegungen, besonders aber der Investitionsbewegungen, in der Form von direkten, gekreuzten oder anderen Investitionen. Zweitens die Globalisierung der Produktion, also die Tatsache, dass Unternehmen sozusagen staatenübergreifend funktionieren und ihre Produktion, aber auch ihre Absätze, ohne nationale Dimension nach einem mehr oder weniger weltweiten Markt richten. Beim dritten Punkt handelt es sich um die finanzielle Globalisierung, wo sehr flüchtige Kapitalien fließen und dadurch Druck ausüben und die Rentabilitätskriterien weltweit vereinheitlichen. Beim vierten Punkt, mehr eine Konsequenz der vorangehenden, geht es um die Idee, dass die Nationalstaaten ihre ganze Autonomie bezüglich der Möglichkeit, auf nationaler Ebene eine Wirtschaftspolitik zu definieren, oder zumindest einen grossen Teil dieser Autonomie verloren haben.

Es gibt zwei extreme Positionen: für die eine ist dies ganz neu, ist es bisher nie vorgekommen und gibt es keine Anhaltspunkte in der Geschichte des Kapitalismus für die Beurteilung dieser Entwicklungen; für die andere gibt es unter der Sonne nichts neues. Meiner Ansicht nach muss man die beiden kombinieren. Beide Positionen führen zu Analysen und sogar zu Auswirkungen, die im Verhältnis zur Realität ziemlich verschoben sind.

Bezüglich der Idee, dass dies nicht völlig neu sei, gibt es Elemente namentlich im Buch von Bairoch über die wirtschaftlichen Mythen. Es gibt eine ganze, insbesondere britische Literatur, die zeigt, dass es unter Heranziehung von Indikatoren, die die Internationalisierung der Wirtschaft messen, Zeiten seiner Geschichte gegeben hat, in denen der Kapitalismus in einem mit heute vergleichbaren Ausmass internationalisiert war. Dies ist ein erster Punkt der Hinterfragung. Gemäss einer anderen, komplizierten Debatte muss man trotz allem die Idee von richtig multinationalen Gruppen ohne jegliche nationale Ausgangsbasis relativieren. Genau betrachtet besteht das Argument darin, zu sagen, es gebe eigentlich wenig multinationale Gruppen, die nicht einem Staat angehören, die nicht von öffentlichen Beiträgen profitieren oder deren Finanzierungsquelle vorwiegend aus Kapitalien besteht, die einem nationalen Ganzen gehören. Zum Schluss gibt es gar nicht so viele wirklich globale Gruppen. Es gibt da etwas, woran zu arbeiten ist, und die Realität ist widersprüchlicher als man es sagt, weil die Dimension der Verwurzelung der Weltökonomie in grossen Zonen weiterhin einen wichtigen Sinn hat.

Die Reserven bezüglich der Finanzen und der Institutionen, also der Punkte 3 und 4 der Definition, sind grundsätzlicher. Erstens gibt es über den Aspekt der Finanzisierung ein fundamentales methodisches Problem. Namentlich darüber gibt es eine vielleicht etwas esoterische Debatte mit François Chesnais, in der es darum geht, das es einem Umkehren der Situation gleichkommt, wenn man die aktuelle Periode mit der Finanzisierung definiert, und dass ihr Hauptcharakteristikum gegenüber der Phase der Dreissig Glorreichen in einem anderen Modus der Reichumsverteilung besteht. Es handelt sich eigentlich um eine sehr bedeutende Erhöhung des Profitanteils im Mehrwert der Unternehmen und um die Tatsache, dass die Produktivitätsgewinne nicht an die Angestellten verteilt werden. Einerseits gleichen sich die Löhne langsam weltweit an die Normen bezüglich ihres Anstiegs bei null blockierter Löhne an; andererseits hält die Arbeitszeitverkürzung mit diesen Produktivitätsgewinnen nicht Schritt und trägt damit an der Verbreitung von Massenarbeitslosigkeit bei. Die Idee ist, dass dies der absolut zentrale Punkt ist und dass man die Finanzisierung nicht wie eine Art Parasit, der auf einen gesunden Körper übertragen wurde, betrachten muss: sie ist nicht die Ursache sondern vielmehr das Ergebnis dieses anderen Modus der Verteilung des Mehrwerts. Unter diesem Gesichtspunkt entspricht die Finanzisierung letztlich einer Erhöhung eines Teils des Mehrwerts, der nicht angespart wird. Auffallend ist in der aktuellen Situation des Kapitalismus, dass der Gewinnanteil wieder die Werte von vor der Krise aufweist, aber in einem Umfeld von viel weniger Wachstum als zu dieser Zeit und mit einer Ansparungsquote, die nicht zugenommen hat. Und dies bildet eine in der Geschichte des Kapitalismus ziemlich erstmalige Konfiguration, denn wenn man auf eine längere Zeit zurückschaut merkt man, dass eine Zunahme der Gewinnquote normalerweise die Ansparungsquote nach oben zieht. Darauf folgt eine ziemlich komplizierte Debatte „des Huhns und des Eis“. Ich würde eher sagen, dass die Finanzisierung gewissermassen durch diese Differenz zwischen Gewinn und Anspargung entsteht und dass das Grundphänomen ein Kapitalismus ist, der keine rentierenden Investitionsmöglichkeiten mehr findet, um den Mehrwert, der durch das Verhältnis Kapital/Arbeitsleistung freigesetzt wird, wieder zu verwerten und auf eine produktive Art neu einzusetzen, wenn man so sagen kann. Die wahre Charakteristik ist gewissermassen nicht „die Finanz“ sondern eher die Idee einer

Produktionsverweigerung, also die Tatsache, Bedürfnisse nicht mehr auf eine kapitalistische Art zu befriedigen, und – man kann auch die Arbeitslosigkeit auf diese Weise analysieren – bestimmte Bedürfnisse, die nicht in die für die Beibehaltung und Reproduktion des Gewinnanteils notwendigen Produktivitätskriterien hineinpassen nicht zu berücksichtigen, und somit Modalitäten der Wiederverteilung zu finden, aus denen die Finanzierung entsteht. Es stimmt, dass diese Gegenüberstellung ein wenig abstrakt ist, weil in Wirklichkeit Politiken durchgeführt wurden und wir die Tatsache ausser für die Analyse nicht ausblenden können, dass diese Politiken undifferenziert darauf ausgerichtet waren, das Lohnverhältnis, das man „fordistisch“ nannte (also die Idee, dass die Löhne wie die Produktivität wachsen sollen) zu brechen und gleichzeitig, als Mittel hierzu, die Hindernisse zu beseitigen, damit das Finanzkapital frei zirkulieren kann. Es gibt eine Art ziemlich kohärente Bewegung, in der sich alles gegenseitig verstärkt. In gewisser Weise führt dies dazu, das Ausmass der Krise des Kapitalismus zu unterschätzen, mit der Überlegung, dass sie nur aus der parasitären Rolle der Finanz entsteht, die eine zu hohe Gewinnrate verlangt und einen Druck ausübt, der reale Investitionen verhindert. In Wahrheit erlebt er eine in meinen Augen fundamentalere Krise, in dem Sinn, dass seine Art der Erkennung und Befriedigung der sozialen Bedürfnisse davon betroffen ist. Es handelt sich um etwas, dass mit der Verbreitung der Arbeitslosigkeit und der Tatsache, dass die nicht-Verkürzung der Arbeitszeit eine Art ist, das Potential des technischen Fortschritts und der Produktivitätsgewinne nicht positiv berücksichtigen zu können, in engem Zusammenhang steht. Es gibt diesen Aspekt. In der Diskussion mit Chesnais, zum Beispiel, haben wir gemerkt, dass es eine gewisse Anzahl Diskussionspunkte gibt, aber dass dies in der Praxis nicht zu klar abgegrenzten Gegensätzen führt. Was die Prognosen betrifft, gibt es einerseits die Auffassung, dass der Kapitalismus wegen seinem Parasit in einer Art grossem Finanzkrach einzustürzen droht, und andererseits die Auffassung, dass der Kapitalismus selber gewissermassen veraltet ist und sich nur fortsetzen kann, indem er die Befriedigung der sozialen Bedürfnisse verweigert und die soziale Regression organisiert. Der Schwerpunkt liegt in jedem der Fälle bei einem anderem Gesichtspunkt.

Der andere Punkt, der im Verhältnis zu den Nationalstaaten problematisch ist und den man in der Debatte über Europa wiederfindet, ist die Idee, die man folgendermassen formulieren könnte: stellt die Globalisierung - um einen Ausdruck von Kautsky wieder aufzunehmen - eine Art ultra-Imperialismus dar? Es gäbe de facto schon eine direkt im Dienst der multinationalen Unternehmen stehende Weltregierung, die eine internationale Ordnung diktieren würde, eigene Institutionen hätte (IWF, Weltbank, WTO, jetzt das MAI-Abkommen usw.) und die eine Art super-Staat wäre, der, obwohl unvollständig, schon die Gesamtheit der Nationalstaaten bestimmen würde. Hier auch denke ich, dass man diese Vorstellung aus verschiedenen Gründen und namentlich, weil diese Entwicklung noch nicht vollendet ist, unbedingt anpassen muss. Es gibt allerdings etwas, das in diese Richtung geht, aber diese Entwicklung ist unvollständig. Namentlich auf der europäischen Ebene finden wir dieselbe Idee wieder, nämlich dass der europäische Staat ein strikt reduzierter Staat ist, eine europäische Zentralbank (ungefähr die einzige Institution, die autonom funktioniert), und dass die Nationalstaaten eigene Regelungsfunktionen in verschiedenen Bereichen behalten, die auf einer gänzlich nationaler Ebene abgewickelt werden. Hier auch sind die Auswirkungen von ziemlicher Bedeutung, weil es eine Sichtweise gibt – die man bis in die sozialen Bewegungen, die NGOs oder die Solidaritätsbewegungen mit der dritten Welt findet – die sehr radikal und sehr kritisch erscheint und die darin besteht, zu sagen, dass es eine Weltregierung der Finanzmärkte gibt. Dieser Gesichtspunkt führt zu Defätismus und zu einer Art Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber etwas, das einerseits vom täglichen Handeln sehr weit entfernt ist und andererseits so abstrakt geregelt ist, dass man darauf keinen Einfluss nehmen kann und dass es einer Art Selbstgefälligkeit gleichkommt, auf nationaler Ebene Handlungsspielräume freilegen zu wollen, ohne zu sehen, auf welche andere Ebene die Frage verschoben werden könnte.

Hier also eine Reihe von Debatten, die sowohl wirtschaftliche Analysen wie auch das Verständnis des Funktionierens des Systems betreffen.

Ich möchte nun einen anderen Punkt hervorheben, der mit den vorstehenden in Zusammenhang steht. Mit ein wenig Abstand und unter Einbezug der aktuellen Konjunkturlage scheint mir, dass man die Analyse der Struktur der Weltwirtschaft als Triade gänzlich in Frage stellen muss. Die Idee war: es gibt eine Globalisierung, aber, da diese nicht auf alle Fragen eine Lösung bringt, gibt es gleichzeitig zu dieser Globalisierung, die eine Art Auflösung der Grenzen und der sozialen Gruppierungen ist, einen teilweise widersprüchlichen Prozess mit ergänzenden Funktionen: eine Bewegung der wieder-Regionalisierung der Weltwirtschaft um drei dominante Pole, die USA, Japan und Europa (oder Deutschland). Es gab für diese These ziemlich viele Argumente und, namentlich was die USA betrifft, die Errichtung von Institutionen (zB das Alena, das Freihandelsabkommen mit Mexiko), die den klaren Willen gezeigt hat, den ganzen Kontinent neu zu strukturieren. Desgleichen gab es betreffend Asien eine ganze – heute etwas überholte – Analyse, für die Asien, gestützt auf eine hierarchisierte Struktur, eine Zone mit unerschöpflichem Dynamismus darstellte. Es gab Japan, danach Korea oder die Drachen... danach kamen die Tiger, mit China, von dem man nicht genau wusste, wie es daran anknüpfen werde. Die Idee war, in Kürze, dass es einen ziemlich strukturierten Pol mit seiner eigenen Dynamik gab. Zum Schluss stellte Europa einen dritten, in seiner Entstehung begriffenen Pol dar, mit einer besonderen Rolle gegenüber den

Ost-Ländern. Ich denke jetzt, dass dieses Schema vollständig in Frage gestellt werden muss, und dies widerspricht selbstverständlich der Idee einer Weltregierung, die implizit, in einem solchen Schema, eine Art – wie man früher sagte – polyzentrale Regierung darstellt, mit einer Symetrie der drei Pole, die unter einander im Gleichgewicht stehen. Wenn man zurückschaut hat es dieses Gleichgewicht nie gegeben, und heute ist das Wachstum der USA, von dem viele sagen, dass es vielleicht erstmalig ist und eine neue Wachstumsperiode eröffnet, grossenteils auf die Unterdrückung des Wachstums Japans gestützt, dass den Ausgleich dazu darstellt. Es gibt zumindest eine auffällige Gleichzeitigkeit. Es handelt sich um ein Ereignis, das wir unterschätzt haben, und das man in Perspektive setzen muss: die Abkommen des Plaza von 1985 haben eine bedeutende Abwertung des Dollars aufgedrängt, was den USA ermöglicht hat, ihre Lage auf dem ganzen Weltmarkt wiederherzustellen und Stellungen der Stärke wiedereinzunehmen. Es gab somit eine völlig dissymmetrische Situation, weil das amerikanische Defizit durch die japanischen Überschüsse finanziert wurde, was ein nicht generalisierbares Modell kennzeichnet. Jemand hat kürzlich gesagt: wenn die USA ein Land der dritten Welt wären, würde es sehr schlecht benotet, weil seine Zahlungsbilanz ein Defizit aufweist, seine Währung tendenziell sinkt usw. Es gäbe eine ganze Reihe von Indikatoren, die, auf die USA angewendet, sie als den schlechtesten Schüler der Klasse bezeichnen würden. Diese Dissymetrie, diese Art Pumpen der Wachstumsmöglichkeiten und –kapazitäten wird erschöpft. Vor einigen Jahren wurde der japanische „Toyotismus“ noch als eine Alternative zum Fordismus vorgestellt. Jetzt redet niemand mehr davon. Japan steht auf den Knien. Sein Verlust an Dynamismus ist beträchtlich. Wenn man die Dinge etwas aus der Nähe betrachtet, ist es, weil man Japan völlig überbewertete Wechselkurse aufgezwängt hat. Unter diesem Gesichtspunkt könnte man eine Parallele ziehen zu Europa. Aber es gibt auch endogene Ursachen, die aus dem Rückstand Europas in der Bildung eines wirklich vereinheitlichten Pols entstehen, der es dazu führt, sich selber restriktive Politiken aufzuerlegen. Ohne von den politischen und diplomatischen Dimensionen zu reden, weist all dies auf eine Restrukturierung der Weltwirtschaft hin, mit der Tendenz, die Hegemonie der USA zum Nachteil der beiden anderen Pole der Triade zu bekräftigen. Wenn dies stimmt, hat es Auswirkungen auf diese Idee der Weltregierung. Zum Beispiel ist das MAI-Abkommen weitgehend eine Initiative der USA. Um ein anderes Beispiel zu geben sind die USA gegen den Mercosur, der sinnvoll erscheint, nämlich ein Markt, der den Ländern Südamerikas offen steht, weil sie denken, dass dadurch Konkurrenten gewonnen und Flüsse umgeleitet werden. Die USA behindern gewissermassen seine Entstehung und bekräftigen so ihren Willen, den Kontinent und, breiter, die Weltwirtschaft wieder zu dominieren.

Es gibt da ein Thema, das Rückwirkungen auf die anderen ausübt: die Finanzmärkte sind auch strukturiert und hierarchisiert, mit Krisenelementen einer anderen Natur als der Finanzkrach durch Zusammenbruch. Die Unsicherheit entsteht eher aus der Schwierigkeit, dieses Arrangement beizubehalten, in dem Japan das Wachstum und das Aussendefizit der USA finanziert, wobei das Innendefizit schon beseitigt wurde. Japans Überschuss wird abnehmen. Eines der Probleme der aktuellen Situation ist, den europäischen Überschuss wiederzuerwerben, der ein bedeutendes Ausmass angenommen hat, weil die absurden Vorbereitungspolitiken im Vorfeld von Maastricht das Wachstum derart gebremst haben. Das Problem wird sich nicht unbedingt in einem totalen Zusammenbruch auswirken. Was in Frage steht ist die Möglichkeit, ein System weiterzuführen, in dem der Rest der Welt die USA finanzieren muss, wobei dieser Rest der Welt, zumindest die beiden Pole der entwickelten Länder, selber Schwierigkeiten hat, an den Wachstum wieder anzuknüpfen (für den Fall Japans) oder ihn beizubehalten (im Fall Europas).

Die Nord-Süd Beziehungen

Es gibt ein Thema, das meiner Ansicht nach sehr gefährlich war, und das in 1993, im Moment der Explosion der Arbeitslosigkeit in Frankreich, aufgebracht wurde. Dieses Thema kommt bei den liberalen Wirtschaftlern immer wieder vor, die Konkurrenz der niedrigen Löhne. Wir haben hier eine bequeme Darstellung der Weltwirtschaft. Man beseitigt Hindernisse, und das ist gut. Man setzt dann Länder mit einem hohen Lohnniveau in Konkurrenz zu anderen mit bedeutend niedrigeren Löhnen. Ob man sich darüber freut oder ob man es bereut, es gibt eine Verschiebung der Arbeitsplätze zugunsten der Länder mit niedrigen Löhnen. Dies würde, durch einen starken Druck, die Verbreitung der Arbeitslosigkeit in Europa und in den USA erklären. Diese Art Debatte wurde vor dem Unterschreiben des Wirtschaftsabkommens mit Mexiko viel geführt, als man vorhersagte, dass fast die Hälfte der Industrie der USA nach Mexiko verlegt würde. Hier muss man sehr klar sein, denn so sehr andere Diskussionspunkte schwierig zu verstehen und zu zerlegen sind, so sehr gibt es hier einen klaren Anschauungsunterricht, darin inbegriffen die Krise, die die vermeintlich am besten platzierten Länder getroffen hat (also Thailand, Indonesien, die Philippinen usw.). Alle Impactstudien zeigen, dass man diese These nicht vertreten kann und dass maximal 10 % der Arbeitslosigkeit dieser Art von Auswirkungen zuzurechnen sind. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit sind vorwiegend intern. In der Welt von gestern und von heute muss man diesen Umstandsargumenten mit Misstrauen begegnen. Man kann sogar einen erstaunlichen Artikel zitieren, der zeigt, dass die französische Textilindustrie ihre Verkäufe nach den Philippinen, Thailand usw. bedeutend steigert. Dies relativiert eine gewisse Anzahl von Argumenten. Wenn man bestimmte Abhandlungen hört, hat man den Eindruck, dass die ganze Textilindustrie schon dorthin verlegt wurde. Dies ist ein ganz zentraler Punkt.

Es ist eine wichtige Debatte in den USA, wo eine ganze Reihe Wirtschaftler erklären, dass die Öffnung gegenüber der Konkurrenz nicht zu einer Vernichtung der Arbeitsplätze sondern zu einem Rückgang der unqualifizierten Arbeitsplätze und zu einer Senkung ihrer relativen Löhne führt. Die Diskussion betrifft die Frage, ob die unqualifizierten Arbeitsplätze wegen dieser Konkurrenz der Länder mit tiefem Lohnniveau Tendenz haben, zu verschwinden. Die Position, die am besten begründet scheint, besteht eher in der Aussage, dass die Veränderung in der Struktur der Arbeitsplätze mit auch hier endogenen Veränderungen der Produktionsprozesse verbunden ist und dass es mit den neuen Produktionsmethoden und der Reorientierung der Nachfrage sowieso ein Aufkommen der sehr qualifizierten Arbeitsplätze gegeben hat, die nicht durch diese Konkurrenz mit den Niedriglohnländern initiiert wurde.

Weiter muss man den Gesichtspunkt wechseln und zeigen, dass die Länder des Südens in diesem System auch verlieren. Wenn sie die Arbeitslosigkeit im Norden erzeugen, heisst dies, dass sie bei sich unzählige Arbeitsplätze erstellen. Es gibt eine bestimmte Anzahl von Ländern, namentlich die, die in Südostasien in eine Krise geraten sind, die wirklich in einer Situation der Vollbeschäftigung waren, sogar mit Immigrationsphänomenen, weil sie auf die Nachfrage nicht antworten konnten. Plötzlich gibt es Probleme mit den eingewanderten Arbeitskräften in diesen Ländern. Das Problem ist jedoch, dass es extrem konzentriert ist, auf bestimmte Länder und auch in der Zeit. Ein Teil dieser Arbeitsplätze wurde in diesen Ländern sehr schnell zerstört.

Man kann aus der Menge immer ein positives Beispiel ziehen. Die Weltbank hat dafür einen Ausdruck und spricht von *front runners* um die Länder zu kennzeichnen, die man vorzeigen kann. Das Problem ist, das man selten dasselbe Land über eine längere Zeit vorzeigen kann. Zu einem bestimmten Zeitpunkt war es Mexiko. Heute kann man es schwierig vorzeigen. Es kann wiederkommen, weil sie gut „abgespeckt“ haben. Aber es gibt eine zeitliche Konzentration der Krisen. Es gibt auch ein anderes Phänomen, das schwer auf diesen Ländern lastet: das Phänomen des Ausschlusses. Das liberale Schema besteht darin, zu sagen, dass alle von der Öffnung der Grenzen profitieren, namentlich weil dadurch in den Ländern des Südens Situationen von geschützten und nicht rentablen Industrien beseitigt werden und Druck ausgeübt wird, damit sich die Länder des Südens anpassen oder ihren Produktivitätsrückstand gegenüber den fortgeschrittenen Ländern aufholen. Dieser Mechanismus funktioniert jedoch nicht. Der, der vor allem funktioniert, ist ein Prozess des Ausschlusses, das heisst, dass die Länder eine derart tiefe, von den kompetitiven Normen derart entfernte Produktivität aufweisen, dass sie nicht durch die wohltuende Wirkung der Konkurrenz nach oben gezogen sondern als Produzenten beseitigt, ausgeschlossen werden. Im Fall Mexikos, dem symbolischsten Beispiel, weil darin viele Aspekte der neoliberalen Politik vermischt wurden, ist es die Maisproduktion. Die Erben der Agrarreform wurden von Aussen durch die Öffnung des Imports und die Aufhebung der Einfuhrquoten und von Innen durch die Aufhebung der Garantiepreise bedrängt. Diese zangenartigen Einwirkungen haben sie nicht plötzlich auf den Produktivitätsstand der amerikanischen Produzenten gebracht. Das Resultat ist, dass sie in Konkurs geraten sind. Sie existieren nicht mehr als Maisproduzenten, weil sich ihre Produktion nicht mehr verkaufen lässt. Weil anderswo keine - oder zuwenig - Arbeitsplätze geschaffen werden, schafft man so Unterbeschäftigung. Wenn man eine Bilanz zieht, werden die Arbeitsplätze in einigen Sektoren, denen die kommerzielle Öffnung auf eine nicht ausdehnbare Art zugute kommt, durch die Zerstörung von Arbeitsplätzen in den Sektoren, die sich nicht auf diese Art an die hyper-kompetitiven Normen anpassen können, aufgewogen und darüber hinaus. Man erkennt an diesem Beispiel auch, dass die spezifische Aktion der Finanzmärkte die Gesamtheit dieses Druckes verstärken wird. Das Hauptphänomen besteht hier darin, Zonen mit unterschiedlichem Produktivitätsstand zu einander in Konkurrenz zu setzen. Diese Fiktion gehört zu der Globalisierung: man ist mitten im Thema. Sie betrifft einen zentralen Aspekt der Organisation der Weltwirtschaft, der das Verschwinden ist von allem, was eine Regulierung ermöglichte, wie die Schleusen zwischen Becken auf verschiedenen Stufen. Man kann nicht die Schleusen entfernen und die Kontinuität des Flusses fiktiv garantieren. Das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI) zeigt den sehr systematischen und absolut nicht selbst einschränkenden Charakter dieses Prozesses, nach welchem ein Land, das Massnahmen zur Organisation seiner Produktion ergreifen möchte, widerrechtlich handelt und vor internationale Gerichte gezogen werden kann. Der Inhalt des MAI ist unter diesem Gesichtspunkt ziemlich ausserordentlich. Was Licht auf die jüngste Krise in den asiatischen Ländern bringt, ist der sehr anfällige, ausschliessende, selektive Aspekt dieser Art unkontrollierter Integration in die Weltwirtschaft.

Ich habe weniger Beispiele, aber dieselbe Art Überlegung gilt grob gesagt für die Übergangsländer, wie man jetzt sagt. Ihre unbeherrschte Öffnung führt zu einem sehr dominierten Selektions- und Eingliederungsprozess und hat keine nachhaltige Antriebswirkung für die Gesamtheit dieser Wirtschaften zur Folge. Mit verschiedenen Situationen gibt es Länder, die sich besser aus der Affäre ziehen. Polen und die tschechische Republik zum Beispiel sind insofern besser gestellt, als sie sich mehr oder weniger in den Dynamismus der deutschen Wirtschaft einordnen, aber mit Mechanismen, namentlich in Polen, die Ungleichgewichte herstellen, die mit denen Thailands vergleichbar sind, also eine zu starke Währung, eine sich aushöhlende Zahlungsbilanz und

damit die Möglichkeit einer Krise, wenn diese Flucht nach vorne anhält, die mit der Mexikos oder Thailand vergleichbar sein könnte.

Ich möchte ein wichtiges Element hinzufügen, das insbesondere Europa betrifft: es ist der Gedanke, dass die Globalisierung, im Fall der Bildung des Euros die Europaisierung, dazu führt, sich staatliche Strukturen auszudenken, die unvollständig sind. Zwischen den Nationalstaaten, die neben einander bestehen – die aufgeteilt und autonom sind, und die eine eigene Regulierungskapazität haben – und einem anderen Modell, mit einer Weltregierung und einer weltweiten Regulierung direkt auf der Ebene der Gesamtheit des Weltmarktes, gibt es widersprechende und unstabile Elemente, aber diese decken nicht unbedingt alle Bereiche des Nationalstaats. Auf europäischer Ebene zum Beispiel, in bestimmten föderalistischen Analysen, besteht ein Fehler in der Aussage, dass das Ungleichgewicht, das dadurch entsteht, dass es nur eine Zentralbank und kein gemeinsames Budget gibt, zwangsläufig erfüllt sein wird, weil es eine Leere zum Füllen geben wird. Je länger je mehr glaube ich, dass diese Art Automatismus falsch ist. Im Gegenteil ist das, was errichtet wird, eher ein System von spezialisierten Staatsapparaten. Das heisst, dass die WTO nicht die Aufgabe hat, zum Beispiel die Lohnpolitiken zu behandeln. Sie hat die Aufgabe, eine bestimmte Anzahl Dinge zu behandeln, die sehr starke Rückwirkungen auf die Möglichkeit aufweisen, eine Lohnpolitik zu führen, aber es gibt keinen Grund, warum die WTO (oder die europäische Zentralbank) ihre Kompetenzen ausweiten sollte, um einen Staat zu bilden, der eventuell demokratisiert werden könnte usw. Es ist ein Wenig die Logik von Delors, zu sagen: machen wir den Euro und danach werden wir wohl etwas demokratischeres tun müssen, also etwas potentiell sozialeres. Es gibt da eine Art Optimismus mangels etwas Besserem, der, selbst wenn man im Zusammenhang mit der Weltwirtschaft überlegt, eine Illusion ist. Das heisst, man kann sehr wohl eine Kombination haben, die nicht unbedingt stabil ist, aber so dennoch mehr oder weniger funktionieren kann. Zum Beispiel dieses Abkommen des Plaza, das für das Verständnis der Strukturierung der Weltwirtschaft in den letzten Zehn Jahren, namentlich des Aufstiegs der USA, absolut zentral ist, ist ein Abkommen, das, wie es sein Name aussagt, zwischen Regierungen geschlossen wurde, die sich in einem Hotel der USA getroffen haben. Es braucht keine absolut ausgearbeitete, aufgebaute, vollendete Institutionen mit einer Charta und einer Verfassung. Wir werden je länger je mehr Fälle haben wie diesen. Dies hat eine gewisse Anzahl Auswirkungen auf die Ziele, die man sich geben kann, um durch den Vorschlag neuer Regulierungsmethoden gegen die neoliberale Dampfwalze Widerstand zu leisten.

Ich komme nun zum letzten Punkt, den ich ansprechen möchte, um die vermeintliche Kohärenz mit dem voranstehenden aufzuzeigen. Es handelt sich um die Vorstellung, dass eine Dissymetrie zwischen dem Norden und dem Süden besteht. Man muss mit der neoliberalen Illusion, dem Mythos brechen, der zum Beispiel sagt, wenn die USA und Mexiko ein Freihandelsabkommen schliessen handle es sich um zwei gleiche Partner. Die Erfahrung hat es gezeigt. Hier ein anderes Beispiel aus gewissen Debatten über die Globalisierung: wenn man die mexikanische Krise aus der Nähe analysiert sieht man, dass das, was passiert ist – also, dass die mexikanischen Importe doppelt so schnell gewachsen sind als ihre Exporte nach den USA – auf eine beinahe arithmetische Art das Mass dieser fortbestehenden Abhängigkeit Mexikos gegenüber den USA, also dieser fundamentalen Asymetrie, die macht, dass Mexiko in der Operation verloren hat, wiedergibt. Die USA haben Mexiko mehr verkauft und es haben ziemlich wenige Verlegungen dorthin stattgefunden. Diese zu unausgewogene Situation ist schlussendlich zusammengebrochen. Hier findet man die Notwendigkeit wieder, die finanziellen Aspekte zu relativieren. Die Erklärungen, selbst dominierende, der Wirtschaftskrise Mexikos, bestehen darin, zu sagen, dass die Kapitalflüsse, die in Mexiko platziert waren, immer anspruchsvoller waren und sich plötzlich, wegen einem Vertrauensverlust oder wegen Fehler in der Währungspolitik der mexikanischen Regierung, zurückgezogen haben. Diese Erklärung scheint mir etwas knapp, weil sie sich in Wirklichkeit in dem Mass zurückgezogen haben, wie das ganze Modell, dass die Asymetrie postulierte, nicht lebbar war und es zwangsläufig eine Dissymetrie gegeben hat, die die Kapitalflüsse, in ihrer Sicht gerechtfertigt, insofern berücksichtigt haben, als sie bei diesem unhaltbaren System nicht mehr mitgemacht haben. Der fundamentale Punkt, der über den man unter dem Gesichtspunkt der alternativen Politiken in den Südländern nachdenken muss, ist diese Dissymetrie. Es ist der Gedanke, dass jede Politik, die auf der Fiktion einer schutzlosen Eingliederung in die Weltwirtschaft beruht, auf der Seite der abhängigen Länder eine gefährliche Illusion darstellt, die nur Rückwirkungen auf die Fähigkeit, die interne Entwicklung zu steuern, haben kann. Plötzlich, wenn man damit einverstanden ist, kann man nicht für Sozialklauseln sein, die wie eine Abgabe konzipiert sind, die eine ungerechtfertigte Konkurrenz durch die Niedriglohnländer kompensiert. Es ist eine protektionistische Version, die aber ein Schutz der starken gegen die schwachen darstellt. Diese Frage ist von ganz fundamentaler Bedeutung. Zusammenfassend und karikierend muss man für den Freihandel sein für die starken und das Recht auf Protektionismus verteidigen für die schwachen. Die neoliberale Politik besteht darin – mit viel Heuchelei, weil die Vertreter des Freihandels für sich selber oft protektionistisch sind – , zu sagen: grundsätzlich, gleiche Behandlung für alle; man kann all dies vereinheitlichen und eine Harmonie ist möglich. Die fundamentale liberale These ist, dass mit dem Freihandel alle gewinnen können. Wenn wir kohärent sind, muss man dieser These eine dissymetrische Vision entgegensetzen und sagen, dass sich die Länder des Südens schützen müssen. Die Länder des Nordens hingegen verfügen über einen derartigen Wettbewerbsvorteil, dass es sich bei der Arbeitslosigkeit zuerst um ein internes Problem handelt. Deshalb stellen die Sozialklauseln, in der Form von

ausgleichenden Abgaben, zwangsläufig einen falschen Weg dar, sobald man einsieht, dass nicht die Konkurrenz der Niedriglohnländer die Arbeitslosigkeit verursacht.

Etwas anderes ist es, zu sagen: man muss die Sozialklauseln, im qualitativen Sinn des Wortes, einführen, das heisst, versuchen, die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation aufzunehmen. Aber hier kommt man zu einer anderen Debatte, nämlich zur Frage, ob Organisationen wie die WTO am besten gestellt sind, um diese Rechte zu gewährleisten. Aber es handelt sich hier um etwas von der Idee der Klauseln als Abgaben ziemlich radikal verschiedenem. Es gibt eine methodische Debatte. In Europa, zum Beispiel, gibt es gewerkschaftliche Strukturen, die, namentlich zusammen mit der Textilarbeitgeberschaft Europas, Positionen vertreten, die in die Richtung einer Abgabe auf Importe aus dem Süden gehen. Diese Logik ist gefährlich. Sie ist in wirtschaftlicher Hinsicht nicht begründet, nicht einmal für die Textilindustrie. Sie schafft sehr starke Mehrdeutigkeiten in der internationalen gewerkschaftlichen und sozialen Bewegung. Die Leute haben nicht immer dieselbe Vorstellung, wenn sie von Sozialklauseln reden. Die einen denken an ein Verbot der Kinderarbeit und andere an eine Abgabe auf Hemden, die in Mauritius produziert werden. Es gibt somit einen Unterschied, den man zumindest klären muss. Methodisch muss man diesen Unterschied machen.

Dann der andere Punkt: es gibt in den Abhandlungen über die Globalisierung, über die Konkurrenzfähigkeit und den Wettbewerb, einen beträchtlichen Anteil von Bluff. Deshalb ist die Erfahrung USA/Mexiko so wichtig, weil es wenig Zonen gibt auf der Welt, wo der Produktions- und Lohnunterschied auf den beiden Seiten einer Grenze so gross ist. Eigentlich hätte ein grosser Teil der Automobilindustrie ganz nach Mexiko verlegt werden und die mexikanische Krise ausbleiben müssen, eben wegen diesen direkten Investitionen, die die Zahlungsbilanz stabilisiert hätten. Dies ist in Etwa die Hypothese, die auf der mexikanischen Seite gemacht wurde. Die Tatsache, dass es nicht so kam, ist bezeichnend für die Grenzen, die Trägheit, und die teilweise bestimmenden Auswirkungen der Nähe. Hier findet man sogar die Vernetzung mit den Finanzierungsquellen, mit den durch den Nationalstaat gewährten Garantien usw. wieder. Die Möglichkeiten für die Kapitalien, wegzugehen, sind beschränkter als man es sagt. Grundsätzlich können sich Aktien bewegen, aber die Fabriken, die Ausrüstungen, die Spitäler, die Strassen können sich nicht bewegen. Man kann all dies nicht unter den Arm nehmen und in ein anderes Land wegziehen. Der Unterschied zwischen dem produktiven Kapital einerseits, also dem produktiven Vermögen in einem sehr weiten Sinn, und dem virtuellen Geld andererseits ist, dass man Geldkapital zurückziehen kann, dass aber das physische Kapital, das der Produktion dient, und sogar die menschlichen Investitionen viel weniger Beweglich sind. Auf der europäischen Ebene, die für uns den konkreten Horizont der Globalisierung darstellt, heisst das, dass es eigentlich darum geht, das gegeneinander in Wettbewerb Setzen der verschiedenen sozialen Systeme innerhalb Europas zu beenden. Das typische Beispiel, das einen nachdenklich stimmen sollte, ist Renault-Vilvorde. Was war die Antwort? Es war nicht, zu sagen, dass man die Verlegungen in Niedriglohnländer verhindern sollte, weil keine Verlegung in ein Niedriglohnland direkt erklärt, was in Vilvorde passiert ist. Es ist auch nicht der Gedanke, dass man die Investitionen von Renault wieder der nationalen Souveränität unterstellen sollte. Die einzige richtige Antwort, die – zu spät oder nicht stark genug – gegeben wurde, ist die Verkürzung der Arbeitszeit auf der Ebene der Gruppe, auf europäischer Ebene. Diesem Fall kann man in verschiedenen Punkten eine richtige Antwort auf die Globalisierung entnehmen. Erstens, keine äusseren Ursachen für die Probleme suchen, in dem man sagt, es seien die niedrigen Löhne usw. wobei das Problem ganz Europa gemeinsam ist und Europa wenig Handel mit dem Rest der Welt betreibt. Wenn man die europäischen Länder hinzuzählt, sind die wichtigsten Partner Frankreichs die Nachbarstaaten. Um auf die Debatte zurückzukommen: der Gedanke – ein etwas radikaler Gedanke – ist, dass die Arbeitszeitverkürzung nicht nur ein arithmetisches Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen darstellt sondern auch die Tatsache berücksichtigt, dass der Kern der Schwierigkeiten und der Probleme in der Verteilung des Mehrwerts liegt, auf der Ebene der Verteilung zwischen Kapital und Arbeit. Wenn man die Arbeitszeitverkürzung stärker gewichtet stellt man gleichzeitig die systematische Krise des Kapitalismus in Frage. Die Idee, dass man die Finanzisierung einschränken sollte, gibt darauf hingegen keine richtige Antwort und führt zur Illusion, dass es sich nur um ein finanztechnisches Problem handelt. Anders gesagt, um abzukürzen, dass die Tobinsteuer Arbeitsplätze schaffen wird. Ich denke, dass dieser Gedanke nicht falsch ist, weil eine Kontrolle der Finanzflüsse usw. wünschenswert wäre, aber dass er sehr unvollständig ist und auf eine Idee der Globalisierung verweist, die zu sehr mit Begriffen wie Freiheit, Gegensatz zwischen produktivem Kapital und Finanzkapital wahrgenommen wird, wobei es sich eigentlich mehr um eine Gegenüberstellung der gesamten kapitalistischen Logik und der sozialen Bedürfnisse handelt.